



kibesuisse

# Empfehlungen von kibesuisse

22. Mai 2024

Sommersession 2024





## Empfehlungen auf einen Blick

### Nationalrat

Datum	Nr.	Geschäftstyp	Empfehlung
-------	-----	--------------	------------

Donnerstag, 30. Mai	23.3699	Motion Marianne Maret	
---------------------	---------	-----------------------	--

#### **Verstärkte Unterstützung für Weiterbildungen und berufliche Umschulungen, um die Rückkehr in die Arbeitswelt zu erleichtern**

Die Motion fordert ein Pilotprojekt zur finanziellen Unterstützung von Personen, die zu Umschulungszwecken eine neue Aus- oder Weiterbildung in Angriff nehmen. kibesuisse befürwortet dieses Anliegen. Die Organisationen der familienergänzenden Bildung und Betreuung sind für ihr Überleben aufgrund der zu tiefen Finanzierungsmodelle auf unausgebildete Betreuungspersonen angewiesen. Deshalb sind sie oft nicht in der Lage, ausreichend in die Aus- und Weiterbildung der nicht formal qualifizierten Betreuungspersonen zu investieren. Würde der Kostenfaktor wegfallen, könnte dies mehr Personen zur Umorientierung motivieren. Als weiterer wichtiger positiver Effekt würden die Qualität und die Kontinuität zunehmen.



### Ständerat

Dienstag, 4. Juni	23.478	Pa. Iv. WBK-S	
-------------------	--------	---------------	--

#### **Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2026**

Gemäss der parlamentarischen Initiative sollen die Bundesbeiträge an die familienergänzende Bildung und Betreuung bis Ende 2026 verlängert werden. kibesuisse befürwortet dieses Anliegen. Zum einen wird mit dem Verpflichtungskredit von 50 Millionen Franken die Finanzierung sichergestellt, die andernfalls Ende 2024 auslaufen würde. Zum anderen gewinnen Kindertagesstätten, schulergänzende Tagesstrukturen und Tagesfamilienorganisationen Planungssicherheit. Im gleichen Zug verlangt kibesuisse, die Beratung des Bundesgesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung voranzutreiben. Angesichts der ernsten Lage ist eine definitive Gesetzeslösung dringend notwendig.





## Erläuterungen zu den einzelnen Geschäften

### Nationalrat

Donnerstag, 30. Mai

23.3699

Motion Marianne Maret



#### **Verstärkte Unterstützung für Weiterbildungen und berufliche Umschulungen, um die Rückkehr in die Arbeitswelt zu erleichtern**

Der Bundesrat soll gemäss der vorliegenden Motion ein Pilotprojekt durchführen, um Personen verstärkt finanziell zu unterstützen, die zu Umschulungszwecken eine neue Aus- oder Weiterbildung in Angriff nehmen. Davon sollen beispielsweise Mütter profitieren, die ihre Arbeit aufgegeben haben, um sich um ihre Kinder zu kümmern.

Diese finanzielle Unterstützung ist mit Blick auf den bereits akuten Fachkräftemangel dringend nötig. Bis 2030 dürfte es eine Lücke von rund 270'000 Arbeitskräften geben (vgl. [Artikel in «20 Minuten»](#)). Der Bundesrat selbst anerkennt in seinem Ende Juni 2023 verabschiedeten [Bericht «Wiedereinstieg und Verbleib in der Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern»](#), dass die bestmögliche Ausschöpfung des inländischen Arbeits- und Fachkräftepotenzials weiterhin zentral bleibt. Dies impliziert eine «möglichst hohe Erwerbsbeteiligung von Eltern und insbesondere von Müttern, die familiäre Verpflichtungen mit beruflichen Aufgaben vereinbaren müssen» (s. S. 9).

Vor diesem Hintergrund ist aus Sicht von kibesuisse klar, dass eine finanzielle Förderung von Einzelpersonen in der Aus- und Weiterbildung nach einer längeren Auszeit auch der Branche der familienergänzenden Bildung und Betreuung zugute käme. Wie eine kürzlich veröffentlichte [Umfrage des Verbandes](#) gezeigt hat, liegt die Austrittsquote von Mitarbeitenden in der familienergänzenden Bildung und Betreuung mit 30 Prozent dreimal höher als üblich. Die Umfrage hat ebenfalls ergeben, dass durchschnittlich die Hälfte des Betreuungspersonals (noch) keine abgeschlossene pädagogische Ausbildung hat. Die kibesuisse-Erhebung bestätigt damit das Resultat der [Studie der Hochschule Luzern](#) aus dem vergangenen Jahr.

Die Organisationen der familienergänzenden Bildung und Betreuung sind einerseits aufgrund der zu tiefen Finanzierungsmodelle für ihr Überleben auf unausgebildete Mitarbeitenden angewiesen. Andererseits sind sie oft nicht in der Lage, ausreichend in die Aus- und Weiterbildung der nicht formal qualifizierten Betreuungspersonen zu investieren (vgl. S. 7 im [Management Summary](#) der Studie der Hochschule Luzern).

Die Hemmschwelle ist also gross, eine zeit- und kostenintensive Ausbildung, Umschulung oder längere Weiterbildung zu absolvieren. Könnten immerhin die Kosten minimiert werden, würde dieser Anreiz deshalb mehr Personen motivieren, sich umzuorientieren. Anders gesagt: Die ganze Branche würde davon profitieren, da sie auf Fachkräfte angewiesen ist und es sich nicht leisten kann, interessierte und kompetente Personen ausschliesslich als Assistenzkräfte einzusetzen.

Mit der Subventionierung der Aus- und Weiterbildung von Betreuungspersonen verbessern sich nicht nur ihre beruflichen Perspektiven, sondern sie werden auch zum Verbleib in der Branche ermutigt – mit positiven Auswirkungen auf die Qualität und die Kontinuität. Demnach ist es unabdingbar, die Möglichkeiten für eine formale Qualifikation dieser Mitarbeitenden zu verbessern. Dafür kommen drei Alternativen in Frage: ein vereinfachtes und qualitativ verbessertes Validierungsverfahren des Eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses (EFZ), erweiterte Angebote für das Eidgenössische Berufsattest (EBA) oder kostengünstige Programme für Quereinsteigende. Diese müssten so konzipiert sein, dass sie finanziell und zeitlich mit familiären Aufgaben vereinbar sind (vgl. S. 8 im [Management Summary](#) der Studie der Hochschule Luzern).

→ kibesuisse empfiehlt deshalb, dem Beschluss des Ständerats zu folgen und die Motion anzunehmen.



## Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2026

Die parlamentarische Initiative der ständerätlichen Bildungskommission (WBK-S) fordert, das Impulsprogramm zur Förderung der familienergänzenden Bildung und Betreuung bis Ende 2026 zu verlängern. Die Massnahmen des Programms umfassen finanzielle Unterstützung für die Schaffung neuer Betreuungs- und Bildungsangebote, die speziell auf die Bedürfnisse von Familien zugeschnitten sind. Da diese Bundesbeiträge Ende 2024 auslaufen, will die Initiative die Finanzierung weiterhin sicherstellen, während das Bundesgesetz über die familienergänzende Betreuung (UKibeG) beraten wird.

Zurzeit läuft die Vernehmlassung der Anträge, welche die WBK-S als Alternative zum ursprünglichen Vorschlag ihrer Schwesterkommission zur Umsetzung der Pa. Iv. [21.403](#) «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung» vorgeschlagen hat. Während also die gesetzliche Nachfolgelösung noch nicht erarbeitet ist, bleibt die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Angeboten der familienergänzenden Bildung und Betreuung hoch. Die WBK-S hat sich mit 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen dafür ausgesprochen, den Betrag des Verpflichtungskredits von 53,2 auf 50 Millionen Franken zu reduzieren. Davon sollen 10 Millionen Franken aus bestehenden Krediten umgeschichtet werden. Dieser Kredit soll eine kontinuierliche Finanzierung bis spätestens Ende 2026 sichern.

kibesuisse unterstützt diese Verlängerung der Bundesbeiträge, da sie den Organisationen der familienergänzenden Bildung und Betreuung Planungssicherheit gibt. Gleichwohl fordert der Verband alle Beteiligten dazu auf, im Anschluss an die Vernehmlassung die Behandlung und Beratung des UKibeG voranzutreiben. Es braucht unverzüglich eine definitive gesetzliche Lösung, welche die Perspektive und das Wohl des Kindes aufnimmt, die dringenden Bedürfnisse der Branche berücksichtigt und die Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten, schulergänzenden Tagesstrukturen und Tagesfamilienorganisationen unterstützt. So kann die familienergänzende Bildung und Betreuung in der Schweiz nachhaltig gesichert werden.

Aktuell ist die Lage einfach zu ernst. Wie eine Umfrage von kibesuisse ergeben hat, schreibt jede dritte Kita Verluste. Zudem liegt die Austrittsquote von Mitarbeitenden in der familienergänzenden Bildung und Betreuung mit 30 Prozent dreimal höher als üblich (vgl. [Medienmitteilung vom 7. Dezember 2023](#)). Und auch die Eltern können sich heute die familienergänzende Bildung und Betreuung ihrer Kinder häufig nicht mehr leisten. Der Anteil von Familien, die keine familienergänzende Bildung und Betreuung in Anspruch nehmen, ist von 37 auf 50 Prozent angestiegen (vgl. [Medienmitteilung zum Schweizer Familienbarometer vom 14. März 2024](#)). Deshalb ist es schlichtweg keine tragfähige Strategie, eine dauerhafte Lösung ständig zu verschieben.

→ kibesuisse empfiehlt, dem Antrag der Mehrheit der WBK-S zu folgen und die Pa. Iv. 23.478 anzunehmen.

### Maximiliano Wepfer

Verband Kinderbetreuung Schweiz (kibesuisse)  
Verantwortlicher politische Kommunikation  
E-Mail: [maximiliano.wepfer@kibesuisse.ch](mailto:maximiliano.wepfer@kibesuisse.ch)  
Tel. 043 321 32 53

